

Flüchtlinge

als Ausdruck des Unfriedens in der Welt und als
Bedrohung des Bürgerfriedens
und

25 Jahre Vereinigung von DDR und BRD

Die berechtigte Freude darüber findet vielfältigen
Ausdruck, aber es fehlen die Kommentare zur
ungeheilten Wunde des Verfassungsverrats durch die
Verfassungsorgane

Von Tristan Abromeit
www.tristan-abromeit.de

Oktober 2015

Text 141.0

Über meinen biographisch-politischen Standpunkt als Grundlage der
Bewertungen und Überlegungen zu den Themen Flüchtlinge und Frieden

Von Tristan Abromeit

September 2015

Text 141.1

Vorweg:

Im Idealfall ist die Aussage eines Textes so geschrieben, dass es fast uninteressant ist, wer ihn wann und wo geschrieben hat. Für die Mehrzahl der Texte ist aber das Wer, Wann und Wo nützlich, weil in diesen Angaben eine Hilfe zum Verständnis des Textes liegen kann. Je mehr ein Autor / Verfasser gelesen wird, so weniger braucht zu ihm gesagt werden. Je weniger der Verfasser bekannt, je mehr können seine Einstellungen und biografischen Daten zum Verständnis seiner Äußerungen beitragen, es ist wie bei einer Gerichtsverhandlung, wenn nach dem persönlichen Hintergrund einer Tat geforscht wird.

Leider gibt es in unserer angeblich freien Gesellschaft aber noch einen anderen Grund. Wer sich zu einem strittigen Thema, wie es z. B. das Flüchtlingsthema ist, außerhalb des Mainstreams äußert, wird sehr schnell in eine Ecke mit der Wirkung eines Prangers gestellt. Das kann dann heißen, es werde eine linksextreme, sektiererische, irrelevante, menschenfeindliche, ausländerfeindliche oder / und rechtsextreme Position vertreten. Beim Thema Flüchtlinge lautet das Urteil vorzugsweise „rechtsextrem“. An den Reaktionen auf nicht übliche Beschreibungen und Deutungen kann man ermessen, wie viel Ungeduld, Unverstand und Hass in unserer Gesellschaft zu Hause ist. Wir sind weit davon weg, uns eine friedliche Gesellschaft nennen zu können. Uns fehlt eine Debattenkultur, die ohne Schuldzuweisungen und Unterstellungen auskommt und wo ein Andersdenkender nicht gleich ein Feind ist. Wir sind ja noch weit weg von der allgemeinen Gültigkeit von Rosa Luxemburgs Erkenntnis, dass die Freiheit, die Freiheit des Andersdenkenden ist. Auch aus diesem Grund erzähle ich etwas von meinen biografischen und politischen Hintergründen. Hierbei gilt es die Klippen der Eitelkeit und der Selbsttäuschung zu umschiffen. Ich weiß nicht, ob mir das gelingt. Es ist auch eine Art der Selbstvergewisserung mit der Hoffnung auf das Urteil: „Nun ist es genug, wende dich den Rest deines Lebens den schönen Dingen zu!“ Aber eins kann man wohl allgemein sagen: Wer politisch agiert, ist immer Opfer und Täter in einer Person. Meistens wird erst im Nachhinein festgestellt, wer zu den Guten und wer zu den Bösen gehört und diese Bewertungen haben dann oft nur ein kurzes Verfallsdatum.

„Friedenspolitik in einer unfriedlichen Zeit“

Das Thema „Friedenspolitik in einer unfriedlichen Zeit“ ist mein Thema. Genauer: „Die ökonomischen und gesellschaftlich-strukturellen Bedingungen für den Bürgerfrieden als Brücke zum Völkerfrieden“. Es ist das Thema, das mich im April 1969 in die FDP getrieben hat und

auch wieder raus. Am 7. 7. 1978 habe ich dem Ortsverband der FDP in Neustadt a. Rbge. mitgeteilt:

Sehr verehrte Freunde,
am Donnerstag, den 29. Juli 1978 habe ich in der Kreisversammlung der F.D.P. Hann.-Land in Hannover meinen Austritt aus der F.D.P. erklärt.

Mein Austritt aus der F.D.P. hat wenig mit unserer Arbeit im Ortsverband Neustadt zu tun, gar nichts mit der Wahlniederlage am 4. 6., aber viel mit den Ursachen für die Wahlniederlage, wobei ich die Koalitionsfrage für nebensächlich halte.

Die F.D.P. muß sich an ihrem Anspruch, eine liberale Partei zu sein, messen lassen. Die Wirklichkeit stellt sich für mich so da, daß die F.D.P.-Prominenz auf Landes- und Bundesebene den Wählern und Mitgliedern die Spreu statt den Weizen als Liberalität verkauft.

Mein Anliegen war es, den Weizen zu beschreiben. Nach neun Jahren Mitgliedschaft in der FDP habe ich vor der innerparteilichen Informationsfeindlichkeit kapituliert. Ich sehe auch für die nächste Zukunft keine bessere Wirkungsmöglichkeit in der F.D.P.. Wenn die F.D.P. noch eine positive Entwicklung nehmen soll, so braucht sie m.E. noch einige Wahlniederlagen.

Ich werde zwischenzeitlich versuchen, liberale Positionen in der GLU zu vertreten. Ich hoffe, daß zwischen Ihnen und mir ein freundschaftlicher Kontakt bestehen bleibt.

Mit freundschaftlichen Grüßen

Für die Wahl zum niedersächsischen Landtag im Jahr 1978 habe ich für die FDP Wahlplakate aufgehängt und danach in der Wahl für die GLU (Grüne Liste Umweltschutz) gestimmt. Für die Gründung der GLU war Georg Otto, Studienrat in Hildesheim ¹, die treibende Kraft und für die Gründung der Partei DIE Grünen die GLU. Ich bin überzeugt davon, dass DIE GRÜNEN mit einem an der Freiwirtschaft ausgerichteten Programm die SPD überflügelt hätte. Aber zu diesem Kurs fehlte die erforderliche Einsicht. Wie hieß es gestern in einem Krimi? „Jeder bekommt das, was er verdient!“ Die Aussage stimmt bestimmt nicht immer, passt hier aber gut hin. Und zur FDP: Aus heutiger Sicht sieht es so aus, als habe die FDP noch nicht genug Wahlniederlagen gehabt. Spuren meiner Auseinandersetzung innerhalb der FDP sind hier zu finden:

Offener Brief zum Parteiprogramm vom September 1971

<http://www.tristan-abromeit.de/pdf/1.4%20FDP%20OB%20zum%20PP%20Sept.%201971.pdf>

> PLÄDOYER für die DISKUSSION der theoretischen GRUNDLAGEN der

1 https://de.wikipedia.org/wiki/Georg_Otto

WIRTSCHAFTSPOLITIK in der BRD im allgemeinen und in der FDP im besonderen < vom Februar 1978 (<http://www.tristan-abromeit.de/pdf/1.2%20Plaedoyer%201978.pdf>)

Im Februar 1975 hatte mir ein damaliger Parteifreund, ein Doktor der Rechte und Geschäftsführer eines Unternehmens in Südniedersachsen geschrieben, dass meine Gedanken so „revolutionär“ seien, „daß man einfach nicht erwarten kann, daß sie von heute auf morgen in das allgemeine Bewußtsein, auch einer FDP, eindringen werden. Geben Sie deswegen bitte nicht auf.“ Die Politikansätze, die der Briefschreiber als „revolutionär“ bezeichnete, fand ich als selbstverständliche liberale Positionen. Man könnte auch sagen, es waren Positionen des liberalen Sozialismus. Das ist ein Begriff, den Franz Oppenheimer, der Lieblingslehrer von Ludwig Erhard, geprägt haben soll. Ich könnte auch sagen, es ist eine anarchistische Position im ursprünglichen Sinn. Denn der Schöpfer dieses Begriffes Pierre-Joseph Proudhon meinte damit nicht Terror und Gesetzlosigkeit, sondern Herrschaftslosigkeit und mit diesem Begriff verneinte er nicht den Staat als Organisationsform der Gesellschaft, sondern die einseitigen Abhängigkeiten. „Gegenseitigkeit ist die Formel der Gerechtigkeit!“ war sein Motto. ² Die Aufhebung der Gegenseitigkeit ist Bestandteil der bürokratischen Herrschaft im System der Zentralverwaltungswirtschaft, das nicht Marx, aber die Marxisten zur Lösung gesellschaftlicher Probleme gewählt haben. Mir fiel an dieser Stelle ein Text von Benjamin Tucker, einem amerikanischen Anarchisten ein, in dem er sagt, dass der Sozialismus die natürliche Fortsetzung des Liberalismus sei. Leider sei dieser von seinem Weg abgekommen. Bei der Suche im Netz nach diesem Text stieß ich auf das SPIEGEL Gespräch vom 08.09.1980 Von Haller, Michael und Gallasch, Börries unter dem Titel „Der Marxismus ist in Polen eine tote Sache“ mit dem polnischen Philosophen Leszek Kolakowski über Polen und die Krise des Kommunismus. Kolakowski sagt darin u.a.: „Ich würde da mit dem amerikanischen Anarchisten Benjamin Tucker sagen: Der Marxismus kennt nur eine einzige Arznei für alle Monopole, und das ist ein Monopol. Der Marxismus-Leninismus war also von Anfang an ein Bastard in der sozialistischen Bewegung.“ ³

In dem Text 140.2 „Marktwirtschaft am Scheideweg“ ⁴ kommentiere ich drei Artikel aus der Wochenzeitung DIE ZEIT aus dem Jahr 1953 und ein Flugblatt der *Aktionsgemeinschaft Soziale Marktwirtschaft*. Ich zitiere dort aus einem Offenen Brief an Ludwig Erhard, der sich an dieser Stelle auf die Tagung „25 Jahre Soziale Marktwirtschaft“ in der Ev. Akademie Loc-

2 Siehe dazu auch: Pierre-Joseph Proudhon / Theorie des Eigentums, übersetzt von Lutz Roemheld mit einer Einleitung vpm Gerhard Senft, 2010.

3 <http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-14328079.html>

4 <http://www.tristan-abromeit.de/pdf/140.2.Marktwirtschaft.am.Scheideweg.2..pdf>

cum im Jahr 1972 bezieht. Es heißt dort:

Ihrem Kollegen Müller-Armack habe ich gesagt, daß kein Grund vorläge, die Soziale Marktwirtschaft zu feiern, weil sie eine verhinderte Marktwirtschaft wäre, eine konsequente Marktwirtschaft bräuchte keine schmückenden Beiworte, sie wäre in sich sozial.

Prof.Müller-Armack fragte dann, wie ich denn die bestehende Wirtschaftsordnung genauer bezeichnen würde. Ich habe geantwortet:
„Sie ist ein willkürlich-punktueller Interventionssystem.“

Und dieses System wurde von der FDP mitentwickelt und weiterentwickelt. Die Tendenz zu einem System, das die Merkmale der Wirtschaft unter dem SED- oder dem Naziregime hat, sehe ich als ungebrochen. Und der entgegengesetzte Trend, durch den Neoliberalismus Chicagoer Art ist in Wirklichkeit durch die Förderung kapitalistischer Konzentration keine Stütze der Marktwirtschaft, sondern ein weiterer Saboteur. Und die achtenswerten Mitglieder und Wähler der FDP glaubten und glauben, sie würden sich für die Marktwirtschaft einsetzen, wenn sie dafür sorgen, dass der Staat nicht allzu viel in den Ablauf des Betriebsgeschehens der Unternehmen eingreifen würde. Ich habe nie bei ihnen gespürt, dass sie den Liberalismus auch für eine Angelegenheit der Arbeitnehmer, der Eltern und ihrer Kinder und der Rentner halten.

Ich kann mich nicht über die menschliche Seite meiner damaligen Parteifreunde in der FDP beklagen. Bedauern muss man aber, dass die FDP mit ihrem merkwürdig reduzierten Begriff von Liberalität unterstützt von dem partiell blinden Neoliberalismus der Chicagoer Schule wieder die Sehnsucht der Menschen nach einem Staat gefördert hat, der sie rundum versorgt und für sie entscheidet. Die FDP hat sich mit Christian Lindner ⁵ zwar einen jungen – mir auch nicht unsympathischen - Parteivorsitzenden gewählt, aber wenn ich anhand dessen urteile, was ich bisher von ihm vernommen habe, vertritt er den alten Geist, der die FDP überflüssig gemacht hat. Auf den Gastkommentar von Lindner komme ich im Text 141.0 zu sprechen.

Aus der bisherigen Schilderung geht schon hervor, warum und wie ich Gründungsmitglied erst der SPV Die Grünen und dann der Partei Die GRÜNEN wurde. Jeder – ob weiblich oder männlich – der dabei war, wird eigene Eindrücke in Erinnerung haben. Aber gemeinsam müsste der Eindruck der Akteure der ersten Zeit sein, dass die Gründung dieser Partei da-

5 Der Name Lindner ist bei mir positiv besetzt. Ich komme später darauf zurück.

durch ermöglicht wurde, dass eine liberale Grundstimmung vorhanden war. Wie sonst hätten die Menschen mit sehr unterschiedlichen Vorstellungen zu einer Aktionseinheit werden können. Ein Ausdruck dieser Stimmung ist auch die Tatsache, dass die Bedenken gegen die Zulassung von Mitgliedern aus kommunistischen und marxistischen Gruppen beiseite geschoben wurden, nicht aus Sympathie, sondern aus der Überlegung heraus, nur so die 5%-Klausel bei den Wahlen überwinden zu können. Diese Klausel wurde und wird von den „etablierten“ Parteien ja als Schutzklausel für die Demokratie hingestellt, ist in Wirklichkeit aber eine Abwehrmaßnahme der großen Parteien vor unangenehmer Konkurrenz.

Auseinandersetzungen über den Inhalt und den Weg dieser Partei hätte es sicher auch gegeben, wenn Mitglieder aus den K- und M-Gruppen nicht zugeströmt wären, aber die Heftigkeit der Auseinandersetzung, die dann einsetzte, als die K- und M-Gruppen-Mitglieder glaubten aus den GRÜNEN eine marxistische Partei machen zu können, wäre ausgeblieben. Dabei ist nichts dagegen zu sagen, dass Marxisten ihre Inhalte auch einbringen wollten. Zu kritisieren ist die Art, wie sie sich durchsetzen wollten. Ihre Methode hat nach wie vor einen üblen Geruch. Ziel der Parteigründung war auch nicht vordergründig eine Regierungsbeteiligung, sondern über den Einzug in die Parlamente eine bessere Basis für aufnehmende wie abgebende Informationen zu erhalten. Aber das war den machthungrigen Akteuren nicht genug. Aus den ganzen Auseinandersetzungen ist dann eine Partei hervorgegangen, die ich zwischen SPD und FDP einordne – genauso ehrenvoll und problematisch wie die Nachbarn. Vom Gründungsimpuls her gesehen sind DIE GRÜNEN eine überflüssige Partei geworden. Aber immerhin im Parteienkartell ein weiterer Mitspieler. Unter diesem Aspekt gesehen ist dann auch DIE LINKE in dem Sinn eine Bereicherung in der realen Parteienherrschaft, dass der Machtanspruch der CDU/CSU und der SPD gestützt wurde.

Wenn ich das hier so schildere, ist damit keine Abwertung von Mitgliedern der Parteien verbunden. Es gibt zwar Zeitgenossen, die suchen sich die Parteien und Programme nach dem Nutzen für ihre persönliche Karriere aus. Aber die große Mehrzahl hat die Vorstellung, sie könnten der Gesamtgesellschaft einen Nutzen stiften. Nur wenigen Mitgliedern ist es vergönnt, eine glänzende Rolle zu spielen, in der auch noch der Arbeitsaufwand entlohnt wird. Die Mehrzahl der Parteimitglieder – soweit sie aktiv sind - verharren in einer Opferrolle aus und müssen ständig von Mitgliedern konkurrierenden Parteien oder vom allgemeinen Publikum Kritik für Sachverhalte oder Vorgänge einstecken, auf die sie meisten keinen oder nur

einen geringen Einfluss haben. Dabei verleugne ich nicht, dass ich unser Parteiensystem eher als demokratiefeindlich als demokratieförderlich einschätze. Es ist aber ein langer Weg, bis zu dem Ziel, dass uns eine bessere Selektion und Vertretung des Volkes offenbart. Zwischenzeitlich sollten wir uns um mehr direkte Demokratie bemühen bzw. kämpfen.

Die Vorgeschichte meiner Geschichte

Für mich hat diese Geschichte - die ich aus meinem Blickwinkel beschreibe - aber noch eine Vorgeschichte. Etwa Anfang 1955 wurde ich mit dem Thema Pazifismus konfrontiert. Ich war bis dahin kein Freund von Uniformen gewesen, auch hatte ich meine weinende Mutter in Erinnerung, als mein Vater gleich zu Beginn des Krieges eingezogen wurde und eine Nachbarin sie damit trösten wollte, indem sie sagte: „Vielleicht wird er ja verletzt und kommt bald zurück.“ Er kam bald zurück, weil er durch Überanstrengung (so hieß es) beim Militär mit 34 Jahren einen Schlaganfall erlitten hatte. Keine gute Voraussetzung für die weitere Ausübung seiner Berufe als Frieseur und Photograph, schon gar nicht für seine Liebe zur Geige. Aber solche Wirkungen von Militär und Krieg – die ich in milder Form ja selbst erlebt hatte – zu bedenken, hatte ich bis dahin keinen Anlass gehabt. Es waren eben Geschehnisse wie ein Gewitter, an dem man ja auch nichts ändern konnte. 1956 bis in das neue Jahr 57 hinein habe ich dann als Matrose auf einem schwedischen Schiff – mit gesamteuropäischer Besatzung – fahrend ohne Literatur und ohne Gespräche mir dann zu dem Thema Pazifismus eine eigene Position erarbeitet. Meine Schlussfolgerung war, dass das Militär einem Volk nicht den Schutz bieten kann, für den es installiert wurde und dass kein Krieg das Ziel erreichen kann, für das er geführt wird.

Als das für mich klar war, war ich bereit, in das Internationale Freundschaftsheim Bückeberg zu fahren, das von Pastor Wilhelm Mensching – mit Afrika- und Indien-Erfahrung – gegründet worden war. (Eine mütterliche Freundin hatte mir davon berichtet.) Ich konnte mein eigenes Denkergebnis dort überprüfen und ausbauen. Zwischen diesem Aufenthalt in Bückeberg und dem was ich noch erzählen will, lagen Kurse in Heimvolkshochschulen und Abendschulen, Tätigkeiten als Arbeiter am Fließband auf zwei Höfen, einem Kurs in einer privaten Handelsschule, Reise mit dem Faltboot von Ostfriesland nach Schweden.⁶ Wir sind nun im Jahr 1961. Als Matrose an Land war ich immer noch ein Hilfsarbeiter. Eine Arbeit

6 Siehe: <http://www.tristan-abromeit.de/pdf/83.1.Mit.dem.Faltboot.nach.Schweden.pdf>

mit Ausbildung zum Erzieher im Niedersächsischen Landesjugendheim in Göttingen hatte ich aufgeben, weil die versprochene theoretische Unterrichtung ausblieb und weil ich keinen Sinn darin sehen konnte, problembeladene Jugendliche auf einen Haufen ohne systematische Ausbildung und ohne sinngebende Arbeit einzusperren.^{7 8}

Meine einzige Bildungschance war danach die Lehre in einer Genossenschaftsbank – die wegen der besseren Ausbildung dann auf zwei ausgedehnt wurde. Ich hätte diese Chance nicht genutzt, wenn ich die Genossenschaftsbanken (in diesem Fall Spar- und Darlehnskassen nach Raiffeisen) nicht für etwas Sozialistisches gehalten hätte. Da ich bis dahin keine Literatur über den Sozialismus gelesen hatte und auch keinen bewussten Kontakt zu Menschen hatte, die sich als Sozialisten verstanden, vermute ich heute, dass für mich in diesem Begriff mein Verlangen oder Suchen nach Gerechtigkeit unter den Menschen zum Ausdruck kam.⁹

Ich war nun mit 27 Jahren Banklehrling in der Spar- und Darlehnskasse eGmbH in Markoldendorf in Südniedersachsen. In dieser Situation kam mir ein Flugblatt einer Wählergemeinschaft vor die Augen, das für ein neutrales Deutschland warb (Nicht vergessen: Wir sind in der Zeit des kalten Krieges.), das sprach mich mit meiner pazifistischen Orientierung an. Ich las dann in dem Flugblatt¹⁰ etwas von einer Ökonomie, von der ich gleich intuitiv erfasste, dass sie Gerechtigkeit in Freiheit ermöglichte. Das war für mich eine Entdeckung, die mich glücklich machte, denn ökonomische Gerechtigkeit ohne Freiheit, war für mich eine unannehmbare Vorstellung. Ob der Name Silvio Gesell, die Begriffe *Natürliche Wirtschaftsordnung* oder *Freiwirtschaft* darin vorkamen, kann ich ohne erneute Prüfung gar nicht sagen. Später stellte ich fest, dass ich schon 1957 in einer pazifistischen Schrift von dem Schauspieler Viktor de Kowa davon gelesen hatte, ohne die Botschaft entschlüsselt zu haben. Durch bestimmte Umstände konnte ich den Flugblattverteiler ausfindig machen. Es war der Lehrer Ekkehard Lindner in Vogelbeck.¹¹ Er hatte sein freiwirtschaftliches Wissen – wie zahlreiche

7 Eine Liebesgeschichte spielte auch noch eine Rolle.

8 Im Winter 1955/56 hatte ich schon einen freiwilligen Dienst in den Erziehungsheimen der Diakonenanstalt Nazareth, Bethel in Freistatt zwischen Sulingen und Diepholz geleistet. Als in jüngster Zeit ein Runder Tisch zu der Aufarbeitung der damaligen Heimerziehung eingerichtet wurde, konnte ich mir aus eigener Erfahrung ein Urteil dazu bilden.

9 Bei der Durchsicht ist mir eingefallen, dass unter den Gästen im Freundschaftsheim bestimmt solche waren, die sich als Sozialisten irgendeiner Art verstanden. Auch erinnere ich mich, dass ich im Winterhalbjahr bei Nord-Mende in Bremen am Fließband stehend intensiv darüber nachgedacht hatte, wie die Menschen sich die Arbeit erleichtern könnten. Dieses Nachdenken brachte mich immer wieder aus dem Fließtakt.

10 Das Flugblatt ist hier abgebildet:

<http://www.tristan-abமைit.de/pdf/55.7%20Die%20etwas%20andere%20Sicht.Anhang%207.pdf>

11 Der dann später bis zu seiner Pensionierung Leiter der VHS Northeim wurde.

andere aus der DDR – damals noch SBZ genannt – mitgebracht.¹² Wir haben das Für und Wider des Modells in einem langen Zeitraum diskutiert. Ich wollte nicht einfach glauben, sondern wissen. Aus diesem Grunde hatte ich auch beim Genossenschaftsverband angefragt, was von Gesells Lehre zu halten sei. Die Antwort war (so oder so ähnlich): „Ein Teil seiner Lehre ist heute Bestandteil der allgemeinen Lehre von der Ökonomie, ein anderer Teil ist politisch nicht durchsetzbar.“ Während der Lehrzeit – ich war schon zur Spar- und Darlehnskasse Nörten-Hardenberg gewechselt – erfuhr ich in der Ländlichen Heimvolkshochschule Mariaspring, zu der ich den Kontakt gehalten hatte und die von dort aus gesehen am Rande des Weges nach Göttingen liegt, von einem Dozenten von der Möglichkeit eines Studiums an der Hochschule für Wirtschaft und Politik in Hamburg,¹³ die er selber absolviert hatte und die ich nach einer bestandenen Aufnahmeprüfung besuchen könnte. Da ich damals noch eine hohe Meinung von der Wissenschaft hatte, war das für mich ein verlockendes Angebot. Ich habe die Aufnahmeprüfung gemacht und auch bestanden, worauf ich gar zu hoffen gewagt hatte.¹⁴ Ich vermute heute aber, dass man mich damals durchfallen lassen hätte, wenn man gewusst hätte, dass ich mich mit Gesell beschäftigt hatte. Das spricht nicht unbedingt gegen diese Hochschule, sie konnte sich auf der Seite der Dozentschaft und Gründer mit wohlklingenden Namen schmücken¹⁵ und auch unter den Absolventen waren solche, die in der Politik und Wissenschaft eine Rolle gespielt haben. Nur mit dem Gebot der Wertfreiheit in der Wissenschaft hatte sie, so meine Erfahrung - wie andere Hochschulen ihre Schwierigkeiten. Das liegt m. E. aber zum Teil an der Komplexität und dem Quellenumfang der einzelnen Wissenschaftsgebiete, die dann eine herrschende Lehrmeinung gebiert - um einen haltgebenden Rahmen zu bilden - und dabei solche Denk- oder Forschungsergebnisse abstößt, die nicht in diesen Rahmen hineinpassen. Auch wenn ich mit meinen Fragen allein blieb und ich zwischendurch meine Graduierungsurkunde zum Volkswirt zurückgeben wollte und es für mich eine schwierige Zeit war, war die AWP – so die Abkürzung - eine gute Wissenstankstelle mit einem zweijährigen Kompaktstudium in Volkswirtschaftslehre, Betriebswirtschaftslehre, Soziologie, Sozialpsychologie und Ausschnitten aus dem weiten Themenbereich des Rechts. Ich hatte eine eigenständige empirisch-soziologischen Arbeit abzugeben,

12 Es gab aber dort auch Kenner der Freiwirtschaft, die in Bautzen und Sibirien landeten.

13 Sie ist gestartet als Akademie für Gemeinwirtschaft, hieß dann Akademie für Wirtschaft und Politik und danach Hochschule für Wirtschaft und Politik. Danach ist sie in die Universität aufgegangen.

14 Der Plan B für den Fall, dass ich die Hürde nicht schaffen würde, dass ich meine Seemannslaufbahn mit dem Erwerb eines Patenten abrunden wollte hatte ich schon vorsichtshalber wieder als Matrose angeheuert.

15 Zum Beispiel Karl Schiller als Gründer und Ralf Dahrendorf als Dozent. Siehe auch: „Keine Hochschule für den Sozialismus: Die Gründung der Akademie für Gemeinwirtschaft in Hamburg 1945 – 1955“ von Bärbel von Borries-Pusback.

die ich über die Ursachen der Berufsunzufriedenheit der Seeleute schrieb. Die Abschlussarbeit schrieb ich über flexible Wechselkurse. Inhaltlich war ich auf dem Gegenkurs zur Lehrmeinung des Prüfers. Dabei stand der auf meiner Skala der Beliebtheit der Dozenten ganz oben.¹⁶

Schwierig war diese Zeit allerdings auch durch meine persönliche Lage bzw. die meiner jungen Familie. Vor dem Studium sagte meine damalige Freundin – die in Hessen ihr Anerkennungsjahr als Sozialarbeiterin machte – zu mir: „Lass uns heiraten! Dann suche ich mir in Hamburg eine Arbeit und du kannst in Ruhe studieren!“ Ich weiß heute nicht mehr, ob ich von dem Plan überzeugt war oder ob auf dem Lebenszeitplan Heiraten einfach angesagt war. Der Plan ging auch soweit auf, dass meiner damaligen Frau eine Arbeit und eine Wohnung angeboten wurde. Sie konnte nur die Stelle nicht antreten, weil sie schwanger wurde. Es waren dann Zwillinge, davon einer behindert. Bevor das Examen in der Tasche war, war das dritte Kind da. Als Wohnung eine schlecht isolierte Gartenlaube mit Pumpe im Garten und ein Eimer als Klo und kein Einkommen. Der Familienverbund hat uns mit durchgeschleppt. Meine Frau war mit den Kindern bei ihren Eltern in Hessen gelandet. Wir dachten damals, wenn ich das Examen in der Tasche hätte, würde alles besser. Anzeichen dafür gab es ja. Die meisten Kommilitonen hatten einen Arbeitsvertrag in der Tasche. Ich weiß nicht, ob mein Kommilitone Gerhard Glogowski¹⁷ schon von seiner Rolle als Nieders. Ministerpräsident geträumt hat, jedenfalls deutete nichts daraufhin, dass die mageren Zeiten für uns nicht zu Ende gehen würden. Ich hatte eine mündliche Anstellungszusage von einer Organisation der Erwachsenenbildung. Aber wir hatten das Jahr 1966. Es gab den ersten größeren Konjunkturbruch mit Arbeitslosigkeit und Kürzung der Mittel für Erwachsenenbildung. Die Zusage eines Arbeitsplatzes in der Erwachsenenbildung für mich konnte nicht eingehalten werden. Danach stellte sich für mich heraus, wie wichtig es in diesem Arbeitsfeld war (ist ?), am richtigen Ort in der richtigen Partei zu sein. (Ich war in keiner Partei, und später in der falschen und noch später - als es um eine bezahlte Arbeit bei den Grünen ging - gehörte ich zur falschen Gründungsgruppe.) Jedenfalls stellte sich bei der damaligen Arbeitsmarktlage heraus, dass er für mein Profil kein Angebot enthielt. Um die Familie wieder zu vereinen, sind wir nach Bremerhaven gezogen, meine ältere Schwester hatte in der Zeitung ein kleines bezahlbares Haus entdeckt, das zur Miete angeboten wurde. Aber der Arbeitsmarkt in Bremerhaven war so miserabel, dass ich dort nicht einmal eine Arbeit auf dem Bau fand. Ich landete als

16 Siehe bei Interesse hier: <http://www.tristan-abomeit.de/pdf/106.4%20TA1966WK.Problem.pdf>

17 <http://www.tristan-abomeit.de/pdf/18.1%20Agenda%20N%201%20MP%20Glogowski%20Hauptteil.pdf>

Klinkenputzer bei einer Versicherungsgesellschaft. Ein riesiges Einzugsgebiet bis nach Delmenhorst, hohe Kosten und geringe Provisionen, weil zu wenige Vertragsabschlüsse. Das lag aber auch daran, dass ich mich '1. zu sehr auf die Probleme der Kunden eingelassen und die Beratung zu deren und nicht zu meinen Gunsten gestaltet habe und 2. weil mich die Politik damals zu sehr umtrieb.

In dieser Zeit habe ich mit einem etwa Dutzend anderen Mitwirkern am 25. November 1967 in Bonn den Versuchsballon „Liberal-Soziale Partei“ gegründet. Da wir nicht einmal eine gefüllte Portokasse hatten und keinen Zugang zu den Medien – und ein Instrument wie das Internet gab es auch noch nicht – kann man das Unterfangen als naiv einstufen. Aber zu allen Zeiten gilt: Politik kann man versuchen zu erdulden oder zu gestalten. Gerade in der Demokratie gilt: Nicht nur Amboss sondern auch Hammer zu sein. (Der Terrorismus hat seine Keimzelle in Ohnmachtsgefühlen. Wer den Terrorismus erfolgreich bekämpfen will, muss den Menschen, die man davon abhalten will, positive Gestaltungsmöglichkeiten ihres Lebens und Umfeldes aufzeigen.) Wahrscheinlich kommt hinzu, dass ich die etablierten Parteien damals schon als illegale Staatsbesetzer eingestuft habe, deren Monopol auf Gesellschaftsverunstaltung gebrochen werden müsste.

Jedenfalls habe ich, als der Erfolg durch Mitgliederzuwachs etc. ausblieb, wie schon bei der Gründung verabredet, die LSP wieder aufgelöst. Wir wollten keine Verwalter einer Karteileiche sein. Was ich damals im Namen der Partei geschrieben habe, brauche ich auch heute nicht zu verstecken.

Die anfallende Post habe ich mit meiner damals jüngsten Tochter – Jahrgang 68 - auf dem Schoß erledigt. Die Familie war 1968 auf 6 Köpfe angewachsen. Meine damalige Frau hat mit einer Halbtagsstelle als Sozialarbeiterin (die damals wohl überall knapp waren) wesentlich zum wirtschaftlichen Überleben beigetragen, aber letztlich haben wir uns als „Wirtschaftsflüchtlinge“ gen Süden aufgemacht, ich erst nach Hannover, sie mit den Kindern nach Hessen. Die Wiedervereinigung fand hier am Steinhuder Meer vor 45 Jahren statt und seit rund 35 Jahren sind wir gute Nachbarn mit einem Verbindungstor zwischen unseren Gärten.

Meine jetzige Frau, die nicht die Ursache für die Trennung von der ersten ist und die meine zweite Familie mit drei Kindern angereichert hat, war in der GLU und in ersten Zeit der grü-

nen Partei aktiv dabei. Aber der dann entstandene parteiinterne Hickhack hat sie abgestoßen. Die heutigen Grünen können sich vermutlich diese Zeit gar nicht so recht vorstellen. Für die Grünbewegten war es damals zwar eine Zeit des Aufbruchs, im Alltag war die Zuordnung zu dieser Gruppe aber kein Vergnügen. Beispiele: Ich war im Rahmen eines gestarteten Alternativprojektes die Verpflichtung eingegangen, eine Kaufhalle abzubauen. Diese sollte für Räume des Projektes dienen. Das Projekt platzte und ich saß mit der Verpflichtung da, die Halle abzubauen. Das gelang auch mit einer Arbeitslosen-Initiative aus Hannover. Wir entschlossen uns, dann, daraus ein Haus für uns zu bauen. Als wir dafür einen Kredit bei der Volksbank beantragten, wurde uns beschieden, dass wir als AKW-Gegner nicht kreditwürdig seien. Als meine Frau nach dem zweiten Staatsexamen keine Anstellung als Lehrerin bekam, hat sie sich bei einem Amt um eine ausgeschriebene Stelle beworben. Ihr wurde gesagt, dass sie wohl geeignet wäre, aber die Stelle nicht bekommen könne, weil sie mit mir verheiratet wäre. Das sind „Investitionen“ - wie sie von vielen Grünbewegten getätigt wurden -, die heute bei den GRÜNEN keinen Kurswert mehr haben, obwohl diese die Voraussetzungen waren, um DIE GRÜNEN zu einer politischen Marke zu machen.

Im September 2009 bin ich dann aus der Partei ausgetreten, und werde im Ortsverband nur noch als Sympathisant geführt. Ich weiß gar nicht mehr, was ich zum Abschied geschrieben habe. Es ist aber hier nachzulesen:

<http://www.tristan-abromeit.de/pdf/75.0%20Abschied%20von%20den%20GRUENEN.pdf>

<http://www.tristan-abromeit.de/pdf/75.1%20Abschied%20Gruene%20Ergaenzungen.pdf>

<http://www.tristan-abromeit.de/pdf/75.2%20Anschreiben%20Buendnisgruene.pdf>

http://www.tristan-abromeit.de/pdf/75.3%20Anschreiben_Medien.pdf

Und meine Frau – sie ist im positiven Sinne meine *Angela* – ist heute froh, weder mit der Schule, noch mit diesem Amt und den Parteien etwas zu tun zu haben.

Ein einschneidendes Ereignis bei den Grünen war ein Parteiausschlussverfahren wegen ultrarechten Tendenzen, das linke politische Irrläufer 1983 gegen mich in Gang gesetzt hatten. Das bestimmte Linke ihre Konkurrenten gerne linken, gehört wohl zu ihrem Verständnis von Politik. Das sie sich damit selber schaden, merken sie offensichtlich nicht. Den Vorgang selbst habe ich dokumentiert, so dass ich mich hier auf das beschränken kann, was mir heute wichtig ist. Das eigentlich Ärgerliche an dem Vorgang war, dass die Parteiliebe, die wussten, dass die Vorwürfe unsinnig sind, dazu geschwiegen haben oder gar den Verdacht noch gefördert haben, weil sie glaubten dadurch, die freiwirtschaftliche Gründungsgruppe aus-

schalten zu können oder weil sie angst hatte, selber von der Antifa-Keule getroffen zu werden. Diese Heuchler und Feiglinge haben dann die Grünen in den Parlamenten repräsentiert. Da diese Heuchler und Feiglinge ansonsten keine Fieslinge waren, stellt sich einmal mehr die Frage, ob die Charaktere die Politik verderben oder umgekehrt die Politik die Charaktere. Ich neige zur letzteren Annahme. Bestimmte Politikstile und -verfahren machen die Lüge und Täuschung auch in der Demokratie zum ganz normal empfundenen Instrument.

Was war geschehen? Es gibt Linke – besonders jene die unter der Antifa-Flagge segeln – die nicht offen über ihr Anliegen - die Diktatur des Proletariats – reden können, was ich bedaure: 1. weil es für mein Bild von einer freiheitlichen Gesellschaftsordnung gehört, dass auch offen über ihre Abschaffung gesprochen werden kann und 2. dann so die Schwächen des zentralistischen Modells im Dialog offengelegt werden können. Weil diese Offenheit in unserer Gesellschaft fehlt und statt dessen der Verfassungsschutz in Aktion tritt, versuchen Vertreter des politischen Marxismus¹⁸ konkurrierende Kapitalismuskritiker mittels ehrabschneidende und diffamierende Stellungnahmen aus dem Ring zu boxen. Im vorliegenden Fall hatte ich eine Stellungnahme¹⁹ zu Vorwürfen aufgrund eines Flugblattes gegen das damals älteste Mitglied der Partei, Hermann Müller, das zudem den ersten Aufruf zu ihrer Gründung unterschrieben hatte, folgendes geschrieben:

Gesell hat unzähligen etablierten Institutionen und Personen, darunter bestimmt Erzkonservative, sein Wissen angeboten. Ist er ein Konservativer?
Gesell hat mit Herz, Verstand und seinem Vermögen für Freiheit und soziale Gerechtigkeit gekämpft. Er war Weltbürger, ohne den Nationen das Recht auf Identität abzusprechen. Aufgrund seiner Analyse (die vielfach durch andere bestätigt worden ist) konnte er den Zweiten Weltkrieg bereits 1918 prognostizieren und mit seinen Erkenntnissen läßt sich auch heute kurzfristig die Arbeitslosigkeit bei qualitativem Wachstum beheben.

Vor fünfzig Jahren hat man in Deutschland, Österreich, Frankreich und den USA die Probe aufs Exempel gemacht. Da wo die Theorie richtig angewandt wurde, zeigte sich der positive Erfolg. Überall wurden die Experimente formalrechtlich abgewürgt.

In Wörgl / Österreich war es ein sozialdemokratischer Bürgermeister (Michael Unterguggenberger), der mit Zustimmung des gesamten Gemeinderates den Schritt von der Theorie in die Praxis wagte. In Deutschland hat die Sozialdemokratie die Diskussion über die Theorie abgewürgt. In Österreich waren viele Gemeinden bereit, das Experiment von Wörgl nachzuvollzie-

18 „Politischer“ Marxismus deutete darauf hin, das der Marxismus auch als Analyseverfahren verstanden werden kann.

19 14 Seiten + das Flugblatt von Hermann Müller.

hen. Heute ist man dort überzeugt, daß man sich Hitler erspart hätte, wenn man auf der Basis des Experiment-Ergebnisses hätte weiter arbeiten können.

Im Vornazi-Deutschland war die Frage für Freiwirte, wie und wo werde ich meine Erkenntnisse los. Es erzeugt nämlich einen Leidensdruck, die Medizin für eine Krankheit in der Tasche zu haben, die Leute leiden zu sehen und verdächtigt zu werden, man wolle Patentmedizin für alle Krankheiten oder gar Gift den Kranken verabreichen.

Es hat in der Untergangsphase der Weimarer Republik Freiwirte gegeben, die sich in der Erkenntnis, daß Freiheit sich nicht mit freiheitsfeindlichen Methoden erreichen läßt, von Anbeginn gegen Hitler gestemmt haben. Es hat aber auch Freiwirte gegeben, die sich der nationalsozialistischen Partei angeschlossen haben.

Die NSDAP war am Beginn eine Bewegung, eine Bewegung, die eine Not wenden sollte, also keine Diktatur, eine Bewegung, wie die Bewegung der Grünen heute, bei der man auch manche Unebenheiten in Kauf nimmt, in der Hoffnung, daß sich das Gute durchsetzt. Nun unterstelle mir keiner, ich hätte gesagt, die Grünen hätten die gleichen Inhalte, wie die Nationalsozialisten. Sagen will ich, daß politische Bewegungen aufgrund von Problemlagen entstehen, daß politische Bewegungen in die Irre gehen können, und daß wir heute leicht über die damalige Zeit urteilen können, zumal wir uns das damalige ökonomisch-soziale Elend gar nicht so recht vorstellen können. Ich hoffe nur, daß in fünfzig Jahren über die grüne Bewegung besseres berichtet werden kann als über die braune.

Die Aussage kann ich auch heute noch unterschreiben. Was hat dieser Versuch einer Analyse und Mahnung mit einer ultrarechten politischen Position zu tun? Klar, die Aussage kratzt an dem bis heute noch doktrinär vermittelten Geschichtsbild über den Untergang der Weimarer Republik. Aber ich hörte in diesen Tagen von einer Historikerin, dass alle Geschichtsschreibung Fiktion ist. Der Blick in die Zukunft ist ungewiss, aber auch der Blick in die Vergangenheit ist mit Risiken behaftet. Ist es nicht die Aufgabe eines kritischen Demokraten, immer wieder die Annahmen, aufgrund dessen argumentiert und gehandelt wird, zu überprüfen? Nach meinem Kenntnisstand haben die Demokraten der Weimarer Republik die Bürger aufgrund der Zerstörung ihrer wirtschaftlichen Grundlage in die Flucht getrieben und dieser Zufluchtsort war neben der KPD im stärkeren Maße die NSDAP. Ein Teil der Schandtaten der Kommunisten in Russland waren schon bekannt, die der Nationalsozialisten lagen noch in der Zukunft.

Und nun nach 35 - von den 50 Jahren – die ich als Zeitpunkt des Rückblicks vorgeschlagen habe: Wie lautet heute die Antwort? Nein, von den Grünen ist nichts Vergleichbares wie von

der NSDAP zu berichten. Aber sind sie deshalb aus dem Schneider? Unterstellen wir einmal für einen Moment, es sei unbezweifelbar richtig was die Dritte-Weg-Gruppe NWO als Lösungsangebot für die Probleme im Bereich Sozialökonomie, Ökologie und Frieden in die Partei einbringen wollte. Wie sieht dann die Bilanz aus? Auf alle Fälle haben sich die Grünen so verhalten wie die Sozialdemokraten in den Republiken vor und nach Hitler. In der Weimarer Republik haben die Sozialdemokraten durch ihre ideologische Verblendung ihren späteren Peinigern in den Sattel geholfen und in der BRD – von der gleichen Blindheit geschlagen - keines der grundlegenden sozialen Probleme - die zu lösen sind - gelöst.

Den Grünen kann man nicht das Versagen der Demokraten zwischen den beiden Weltkriegen anlasten, weil es sie damals noch nicht gab. Auch kann man ihnen nicht ankreiden, dass das Modell *Soziale Marktwirtschaft* von der CDU/CSU und der FDP sabotiert und von der SPD nicht geschützt wurde, weil diese es nicht verstanden hat. Sind die Grünen deshalb aus dem Schneider? Ich habe keine genauen Zahlen über Hunger- und Kriegstote parat. Ich gehe daher von einer Aussage von Jean Ziegler in seinem Buch *Die neuen Herren der Welt und ihre globalen Widersacher*“, 2003, aus. Er schreibt auf der Seite 104:

Hunger, Seuchen, Durst und armutsbedingte Lokalkonflikte zerstören jedes Jahr fast genauso viele Männer, Frauen und Kinder wie der Zweite Weltkrieg in sechs Jahren. Für die Menschen der Dritten Welt ist der Dritte Weltkrieg unzweifelhaft in vollem Gange.

Rechnen wir die Menschen hinzu, die in der Zeit nach der Gründung der grünen Partei unnötig in der Arbeitslosigkeit und unter erhöhtem Druck ohne Ausweichmöglichkeit am Arbeitsplatz verharren mussten oder konjunkturbedingt in den Konkurs getrieben wurden. Auch das aktuelle Problem der Kriegsflüchtlinge, das - wenn wir nicht aufpassen - für uns ein Problem des Bürgerkrieges werden kann, ist zu berücksichtigen. Wenn wir nach irgendeinem Schlüssel – Anteil der Stimmen in den Wahlen oder Mitglieder in den Parlamenten – den Anteil der Schuld der Grünen ausrechnen, wie sieht dann die Bilanz aus?

Nun kann man sagen, dass es ja prahlerisch sei, dem NWO-Modell ein solches Potential an Kraft zur Überwindung von gesellschaftlichen Übelständen zu attestieren. Annahmen und Prognosen sind ja immer unsicher. Ich würde trotzdem nicht von *prahlerisch* sprechen, sondern von dem Risiko des Irrsins. Ich selber bin mir gewiss, dass das NWO-Modell dieses Potential hat, aber Gewissheiten sind nicht die letzte Stufe zur sachlichen Richtigkeit. Das Versagen der Politik hat auf diesem Hintergrund aber spätestens dann begonnen, wenn her-

kömmliche Rezepte zur Problembewältigung über Jahrzehnte nicht gefruchtet haben und alternative Lösungsangebote nicht ohne ideologische Brille geprüft wurden und werden. Und eine Politik wird in dem Moment verbrecherisch, wenn Lösungen, die den Hunger und die Zwietracht vertreiben können, vorliegen, aber nicht angewendet oder gar aktiv bekämpft werden. Es ist eben nicht so, dass nur autoritären Regimen das Böse in der Politik zuzuordnen ist, auch Demokratien sind empfänglich dafür.

Mein Bruder Franz, Jahrgang 1939, schickte mir einen Auszug eines Briefes von Mahatma Gandhi an Adolf Hitler vom 24. Dezember. Da keine Quelle angegeben ist, war ich skeptisch, ob das wohl die Wiedergabe seines Briefes sei. Eine Überprüfung im Netz ergab, dass dieser Brief vielfach erwähnt wird. DIE WELT ONLINE schreibt am 17. 2. 2015:

Zu finden ist [Gandhis Brief](#) in dem Band "Letters of Note – Briefe, die die Welt bedeuten" (Heyne, München. 408 S., 34,99 Euro), in dem [Herausgeber Shaun Usher](#) 125 ungewöhnliche Briefe gesammelt hat – Korrespondenz von Persönlichkeiten der Weltgeschichte ebenso wie von ganz normalen Menschen.

Weiter heißt es in der WELT einschließlich eines Zitates aus dem Brief:

Es war der 23. Juli 1939. "Lieber Freund", schrieb Gandhi an diesem Tag an Hitler, "Bekannte haben mich gedrängt, Sie im Namen der Menschlichkeit anzuschreiben. Lange bin ich dieser Bitte nicht nachgekommen, weil ich glaubte, ein Brief von mir könnte als anmaßend empfunden werden." [Naiv mutet das Schreiben](#) an, das der Anführer der indischen Unabhängigkeitsbewegung, berühmte Ikone der Gewaltlosigkeit an den deutschen Diktator ("Herr Hitler, Berlin, Germany") richtete und in dem er Hitler beschwor, keinen Krieg anzuzetteln:

"Offenbar sind Sie unter allen Menschen allein in der Lage, einen Krieg zu verhindern, der die Menschheit in den Zustand der Barbarei zurückwerfen würde. Müssen Sie unbedingt diesen Preis für Ihr Ziel bezahlen, und wenn es Ihnen noch so erstrebenswert erscheint? Wollen Sie nicht auf einen Menschen hören, der nicht ohne beachtlichen Erfolg die Methode des Krieges immer abgelehnt hat? Sollte ich mich in Ihnen getäuscht haben, bitte ich Sie um Verzeihung für dieses Schreiben."

Im Nachhinein kann man Gandhis Schreiben als naiv bezeichnen. Als Gandhi den Brief schrieb, war jeder Versuch, den Krieg zu verhindern, sinnvoll und notwendig. Gandhi hat damals die Folgen des Krieges doch richtig eingeschätzt. Die Methode der gewaltlosen Verteidigung oder Befreiung ist an Voraussetzungen gebunden. Nicht nur der Glaube an diese Methode, sondern auch an die Einsicht, dass das massenweise Opfern von Menschen für die Lösung eines Konfliktes zwischen Völkern eines denkenden Menschen unwürdig ist. Das Un-

verständliche ist, dass weder Deutschland – dem das nach den beiden Weltkriegen gut zu Gesicht gestanden hätte - noch in einem anderen Staat (selbst in Indien?) nach Gandhis Erfolg die gewaltfreie Selbstbehauptung systematisch gefördert, erforscht, trainiert und angewendet wurde. Millionen und Milliarden der jeweiligen Landeswährung wurden und werden für die Rüstung und die militärische Verteidigung zu Lasten der Völker ausgegeben, aber nicht für eine humane Selbstverteidigung. Wobei zur Befriedung der Völker auch gehört, dass endlich die ökonomischen Streitfragen beantwortet werden.

Hier in Deutschland ist mir nur ein Versuch der Beschreibung der Ausbildung zur gewaltlosen Selbsthilfe bekannt. Die Verfasser sind Bodo Manstein und Nikolaus Koch, Titel lautet „Die Freiwilligen“, sie ist 1959 im *Verlag Wissen und Verantwortung* des Arbeitskreises für angewandte Anthropologie erschienen. Dort war ein treibender Kopf der verstorbene Freund Hort Bethmann. Ich habe die Schrift eingescannt. Sie ist hier zu lesen:

<http://www.tristan-abromeit.de/pdf/52.3%20Anhang%20II%20Die%20Freiwilligen%20DIN%20A4.pdf>

Noch eine Anmerkung zu meinem Bruder Franz. Er hat als Kapitän Frachtschiffe und Tanker gefahren. Als er seinen Gesundheitspass aufgrund der Beeinträchtigung seines Gehörs nicht mehr erhielt, hat er sich zum medizinischen Fußpfleger umschulen lassen. In dieser Funktion wurde ihm von einem Kunden / Patienten, einem Pastor, die Bedeutung der biblischen Fußwaschung erklärt. Aber mein Bruder hat schon in jungen Jahren freiwillig den Zivildienst geleistet, obwohl er aufgrund seines Jahrgangs oder seines Berufes als Seemann gar nicht dazu benötigt war. Als sich dann das Internet entwickelt hatte und er in Wikipedia lesen musste, dass es mit seinem Namen einen Menschen gab, der als „Eichmanns Henker in Kroatien“ bezeichnete wurde, hat ihn das sehr betrübt, auch wenn es kein Verwandtschaftsverhältnis mit dem NS-Täter gibt. Seitdem fügt er seinem Vornamen Franz die Buchstaben K. Und A. hinzu. Es sind die Anfangsbuchstaben für seine weiteren Vornamen Kurt und Alfred, die Brüder unseres Vaters Franz Abromeit. Dieser Hinweis gibt mir die Möglichkeit, darauf hinzuweisen – egal wie man die Schuldfrage an den Kriegen deutet -, dass fast jede Familie der Deutschen Leidtragende der Weltkriege waren. Kurt Abromeit ist schon im Ersten Weltkrieg in Ypern in Belgien gefallen, Alfred gegen Ende des Zweiten Weltkrieges in Küstrin. Ein Sohn von ihm fiel ebenfalls, ein anderer überlebte den Krieg verwundet. In der Familie meiner Mutter waren ebenfalls Verluste zu verzeichnen. Auch blieb der restlichen Familie Abromeit in Ostpreußen die Flucht und die Folgen nicht erspart. Also alles zusammengenommen Grund genug, über Krieg und Frieden nachzudenken. TA